

Offener Brief aus Anlass der Kritik an Bischof Ibrahim Azar in Jerusalem

An die Präses der EKD-Synode, Anna-Nicole Heinrich,
an die EKD-Rats-Vorsitzende, Kirsten Fehrs,
an alle Mitglieder des Präsidiums der EKD-Synode und des EKD-Rats,
an die Kirchenleitenden der evangelischen Landeskirchen in Deutschland

Mit Irritation und Sorge verfolgen wir die öffentliche Diskussion in Deutschland um die Predigt des Bischofs der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL), Ibrahim Azar, in der Jerusalemer Erlöserkirche am Reformationstag. Darin war Bischof Azar auf die Situation in Palästina eingegangen und hatte an die Gottesdienstgemeinde gerichtet die Frage gestellt, vor welchen Herausforderungen eine reformatorische Kirche im Heiligen Land nach zwei Jahren Krieg in Gaza steht. Die Predigt hatte er auf Arabisch gehalten. In der auf Deutsch und Englisch gedruckt vorliegenden Fassung waren die Begriffe „Völkermord“ bzw. „genocide“ verwendet worden.

Der Vize-Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer, der zusammen mit einer Delegation des nordrhein-westfälischen Landtags den Gottesdienst besucht hatte, verließ daraufhin die Erlöserkirche. Am anschließenden Empfang der Gemeinde nahm auch die Delegation nicht mehr teil. Die mitreisende Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Adelheid Ruck-Schröder, sprach später Medien gegenüber von einem „Skandal am Reformationstag“ und entschuldigte sich stellvertretend dafür, dass Lehrer in diese Situation gekommen sei. Landtagspräsident André Kupper (CDU) kritisierte die Wortwahl als „inakzeptabel und auch nicht hinnehmbar“. Und die nordrhein-westfälische Antisemitismusbeauftragte Sylvia Löhrmann (Grüne) bezeichnete es als „entsetzlich und beschämend, dass die Perspektive der Jüdinnen und Juden mit dem 7. Oktober nicht in der Predigt auch angesprochen worden ist.“ Hier zeige sich „das antisemitische Muster der Täter-Opfer-Umkehr.“

Auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) distanzierte sich „deutlich vom Sprachgebrauch durch Bischof Azar.“ Der von ihm verwendete Völkermord-Begriff trage zur Spaltung bei und stehe einer Verständigung und Versöhnung entgegen, heißt es von Seiten der EKD.

Bischof Azar hat inzwischen seine geplante Teilnahme an der am Sonntag, 9.11.2025 beginnenden EKD-Synode in Dresden abgesagt.

Als evangelische Christinnen und Christen in Deutschland und Menschen, die der Evangelischen Kirche nahestehen, halten wir die Vorwürfe gegenüber Bischof Azar für problematisch und nicht haltbar. Bischof Azar hatte sich in seiner Predigt besonders an seine palästinensische Gemeinde gewandt, die sich in der Tradition der Reformation sieht und ihren Glauben nicht nur im Gebet, sondern auch im Handeln lebt. Seit Jahrzehnten gilt die ELCJHL vor Ort und in der ganzen Region als verlässliche Mittlerin sowohl in der christlichen Ökumene als auch im interreligiösen Dialog. Wer

sind wir als evangelische Christen in Deutschland, einem palästinensischen Bischof vorzuschreiben, wie er die Realität in seinem Land zu bezeichnen hat?! Die Frage, ob das Vorgehen Israels gegenüber den Palästinensern in Gaza als Genozid bezeichnet werden kann, wird international diskutiert. Zahlreiche namhafte Völkerrechtler und auch jüdische Experten in Israel und den USA sehen den Tatbestand erfüllt. Juristisch wird dies erst der Internationale Gerichtshof in Den Haag klären. Die Aussagen von Bischof Azar kamen jedoch aus seiner und seiner Gemeinde existenziellen Betroffenheit.

Wir kritisieren jene Kirchenleitenden in der EKD, die sich das Recht herausnehmen, den Sprachgebrauch eines palästinensischen, kirchenleitenden Christen, der direkt vom Nahostkonflikt betroffen ist, zu verurteilen. Wir weisen darauf hin, dass die Erlöserkirche, wenn auch im Besitz der Evangelischen Jerusalem-Stiftung, auch der offizielle Sitz der ELCJHL ist und dass alle Beteiligten vor Ort diese gemeinsame Nutzung des Kirchenraums trotz der unterschiedlichen Betroffenheit im Nahostkonflikt immer als Chance in der ökumenischen Verständigung gesehen haben.

Wir kritisieren all diejenigen im Raum der evangelischen Kirchen in Deutschland, die mit ihrer einseitigen Haltung im Nahostkonflikt die über Jahrzehnte gewachsenen ökumenischen Beziehungen zwischen evangelischen Christen in Deutschland und Palästina aufs Spiel setzen. Als evangelische Christen, die wir uns unserer historischen Verantwortung nach dem Holocaust bewusst sind, stehen wir hinter allen Bemühungen, an das Leid der israelischen Hamas-Opfer und ihrer Angehörigen zu erinnern. Wer dabei aber das Leid der Palästinenser relativiert oder gar ausblendet, trägt weder zum Frieden noch zur Versöhnung zwischen den beiden Völkern bei und fördert die Polarisierung in unserer Gesellschaft in Deutschland. Nach zwei Jahren des Kriegs Israels gegen die Hamas in Gaza müssen Palästinenserinnen und Palästinenser zehntausende von Toten beklagen. Nach Jahrzehnten der Besatzung werden ihnen in der Westbank durch zunehmende Siedlergewalt und konkrete Annexionspläne jegliche Zukunftsperspektiven genommen. Denn die israelische Regierung lehnt eine Zwei-Staaten-Lösung kategorisch ab. Und durch die jüngsten Beschlüsse der Knesset, die volle Souveränität des Staates Israel auf alle Siedlungen im besetzten Westjordanland zu übertragen – was einer Annexion nahekommmt – scheint ein gerechter Frieden keine realistische Möglichkeit mehr zu sein.

Wir fordern die EKD-Synode auf, bei ihrer anstehenden Sitzung in Dresden dennoch Bischof Ibrahim Azar angemessen Raum und Gehör zu geben und ihn wahrzunehmen als evangelischen Theologen, palästinensischen Christen und Oberhaupt der einzig lutherischen Kirche im Heiligen Land, die sich in besonderer Weise dem gemeinsamen reformatorischen Erbe verpflichtet sieht. Die ELCJHL tritt mit allen Menschen im Nahen Osten, die auf einen gerechten Frieden hoffen, für diesen ein.

Wir wünschen uns, dass die Verantwortlichen in der EKD konsequent für einen gerechten Frieden für alle Menschen im Heiligen Land eintreten. Angesichts der besonderen Verantwortung Deutschlands für Israel/Palästina begrüßen wir alle Bemühungen um den christlich-jüdischen Dialog. Dazu bedarf es aber auch gegenüber palästinensischen Christinnen und Christen eine Haltung, die wertschätzend zuhört, die den

Schmerz des anderen wahrnimmt und aushält, die bei gespürter Irritation nachfragt, nicht vorschnell urteilt und schon gar nicht das Gespräch verweigert.

6. November 2025

Katja Dorothea Buck (Tübingen) ist Religionswissenschaftlerin und Politologin. Als Fachjournalistin arbeitet sie für verschiedene Publikationen zu den Themen religiöse Minderheiten, Religionsfreiheit, Ökumene und Dialog. Sie gilt international als Expertin für das Thema Christliches Leben im Nahen Osten. Sie gehört der Württembergischen Landeskirche an.

Kontakt: katjabuck@yahoo.de; 0179/5989405

Pfr. Andreas Maurer (Winnenden) leitet ein diakonisches Unternehmen. Er studierte und arbeitete in den 1980er-Jahren zweieinhalb Jahre in Israel/Palästina, war von der EKD entsandter Pfarrer der Evangelischen Gemeinde zu Beirut/Libanon und zwölf Jahre lang Nahostreferent der Evangelischen Mission in Solidarität (EMS) und Geschäftsführer des Evangelischen Vereins für die Schneller-Schulen (EVS).

Kontakt: andreas@maurerhaus.de; 0151/14864783